



Staats- und
Universitätsbibliothek
Bremen

Staats- und Universitätsbibliothek Bremen

DFG Projekt Die Grenzboten

Die Grenzboten

Berlin u.a., 1841 - 1922

Aus der Provinz Schleswig-Holstein.

urn:nbn:de:gbv:46:1-908

Aus der Provinz Schleswig-Holstein.

Wer die Verhältnisse Schleswig-Holsteins bloß aus den Zeitungen kennt, muß es wohl unbegreiflich finden, daß man seit längerer Zeit so wenig von dort hört. Die Volksmassen, welche so oft ihren unerschütterlichen Widerstand gegen jeden Uebergriß Preußens drohend verkündet haben, halten sich still, die Resolutionen sind verklungen, überall geht man seinen bürgerlichen Beschäftigungen nach. Mancher unserer hitzigen Freunde, namentlich in Süddeutschland, erklärt sich diese Erscheinung vielleicht aus dem eisernen Druck, der auf uns laste, und meint, unsere Ruhe erinnere an das schauerliche „l'ordre règne à Varsovie“. Aber eine solche Parallele wäre ebenso grundfalsch, wie die Vergleichung unseres früheren activen Auftretens mit den Todeskämpfen der Polen, unseres verdrossenen Unmuthes mit ihrem glühenden Haß. Wir sind ja im Grunde nie so aufgeregter gewesen, wie es in der Ferne scheinen konnte. Der phlegmatische Charakter der Schleswig-Holsteiner hat sich zu keiner Zeit verläugnet. Sie haben allerdings hier und da geredet, gehuldigt, Fahnen aufgehängt oder auch wohl durch Nichtschlaggen demonstriert, aber dabei haben sie nie die Ruhe ganz verloren, nie vergessen, daß sie friedliche Bürger, keine Revolutionäre seien. Sie haben sich in der wirksamen Kraft ihres Willens getäuscht, aber sie waren ja schon seit langer Zeit gewohnt, sich in ihr Mißgeschick zu finden. Eine von außen an sie herantretende disciplinirende Macht, welche 1848 und in den folgenden Jahren tüchtige Soldaten aus ihnen schuf, fehlte diesmal. Alle activen Widerstandskräfte, die in ihnen lagen, sind aber in der Aufregung der letzten Jahre verbraucht, und als nun in diesem gewaltigen Sommer das ganze Land definitiv in Preußens Gewalt gerieth, da bedurfte es keiner Zwangsmaßregeln, um vollständige Unterwerfung und Ruhe zu bewirken.

Ein unbestreitbares Verdienst des damals eingesetzten Oberpräsidenten, Baron Scheel-Plessen ist es, diesen Zustand der Gemüther erkannt und danach gehandelt zu haben. Allerdings war damals eine gewisse Repression nicht

ganz zu vermeiden. Das Versammlungsrecht und die Pressfreiheit wurde erheblich eingeschränkt, aber von scharfen Straf- und Präventivmaßregeln, wie man sie in einem widerwillig unterworfenen Lande hätte erwarten sollen, war nicht die Rede. Gewiß fühlten sich zahlreiche Beamte und Privatleute, die im augustenburgischen oder österreichischen Sinne thätig gewesen waren, in ihrer Stellung oder ihrer Existenz bedroht, aber die Angst war umsonst: wer sich offener Kundgebungen gegen die neue Ordnung enthielt, ward in Frieden gelassen und so fügte sich denn auch Holstein ohne Widerstreben. In diesem Verhalten des Oberpräsidenten liegt die beste Rechtfertigung seiner Wahl seitens der preussischen Regierung. Freilich wird diese unsere Auffassung von vielen unserer durch mancherlei Kränkungen erbitterter Freunde, wie auch namentlich in hohen militärischen Kreisen nicht getheilt; man tadelt vielmehr unverhohlen das milde Verfahren und das offenbare Bemühen Scheel-Plessens, einen Theil der hervorragenden Augustenburger zu gewinnen. Man beruft sich in dieser Hinsicht auf diese oder jene schüchterne Demonstration gegen Preußen, welche bei einem strengeren Regimente unmöglich wäre, aber man vergißt, wie wenig Bedeutung dergleichen Aeußerungen haben, wie geringer Werth daher auch ihrer Unterdrückung beizulegen wäre. Die Gesinnung hätte man höchstens noch etwas mehr verbittert, ohne etwas Wesentliches zu gewinnen.

Die dem Oberpräsidenten von uns gezollte Anerkennung ist um so unparteiischer, als wir im Uebrigen sein Verfahren in vieler Hinsicht durchaus mißbilligen müssen. So scharfsinnig und gewandt Scheel-Plessen ist, er scheint doch weder durch seine wahre Gesinnung, noch durch seine ganze Vergangenheit zu einem hochgestellten preussischen Verwaltungsbeamten vorwiegend geeignet. Sein Ideal war die Personalunion mit Dänemark und zwar in der Art, wie sie bis kurz vor der Revolution bestand, als der holsteinische Adel die dänische Monarchie regierte. Von einer nationalen Auffassung, welche Preußen als den deutschen Staat erkennt und deshalb die Ausnahme in jenes mit Freuden begrüßt, scheint er weit entfernt. Freilich hat er, scharfsinniger als seine meisten politischen Freunde, früh erkannt, daß an eine so lose Verbindung Schleswig-Holsteins mit Preußen, wie sie die Personalunion giebt, nicht zu denken wäre, aber dennoch ist er bestrebt, möglichst viele und zwar auch sehr unberechtigte Eigenthümlichkeiten zu retten und die nothwendige organische Einfügung in den großen Staat hinauszuschieben. Ein Mangel an deutschem Sinn, welcher in dem Umstand, daß seine sämtlichen Güter in Dänemark liegen, einen bedentlichen Stützpunkt besitz, hat zwar nicht verhindert, daß er von Zeit zu Zeit mit den Nationalen gegen den gemeinschaftlichen Gegner, früher die dänische Demokratie, später die Augustenburger, gemeinschaftliche Sache machte, aber von beiden Seiten hat man nie verkannt, daß keine volle Gleichheit der Gesinnung, keine wahre Freundschaft vorhanden sei.

So ist denn der innere Zustand Schleswig-Holsteins noch immer derselbe, wie zur Dänenzeit. Abgesehen von den militärischen Einrichtungen, rücksichtlich deren der Oberpräsident natürlich den Forderungen der Centralregierung durchaus nachkommen mußte, haben wir fast nur im Post- und Telegraphenwesen Verbesserungen nach preussischem Muster zu nennen, aber auch hier ohne sein Zutun. Namentlich hat der Oberpostdirector Zschüsner, welcher schon vor dem gasteiner Vertrag hierher gesandt war, sich um die Hebung des ihm anvertrauten Postwesens großes Verdienst erworben. In keinem der neuerworbenen Länder thun aber eingreifende Reformen aller Art so dringend noth, wie in Schleswig-Holstein. Hannover und Hessen können nöthigenfalls noch Jahre lang die alten Justiz- und Administrationseinrichtungen behalten; wir können das nicht, denn bei uns hat das Gesetzgebungswerk seit Jahrzehnten fast völlig geruht. Die Verwaltung ist ganz die des achtzehnten Jahrhunderts; von der Justiz theilweise noch gar nicht getrennt. Wichtigen Gebieten des Rechts liegen absolut veraltete Rechtsquellen zu Grunde, so daß sich die Praxis nur durch deren vollständige Ignorirung und ihren Ersatz durch das richterliche Ermessen helfen kann. In großen Theilen des Landes besteht eine Feudalherrschaft mit Patrimonialgerichten und allem Zubehör, wie sie sich nicht besser in Mecklenburg findet; sogar die Damenklöster haben ihre eigene Verwaltung, Gebiete und Gerichtsprängel. Die Städte erfreuen sich einer Verfassung, nach welcher ihre Beamten fast alle vom Landesherrn ernannt werden. Das Steuerwesen ist gründlich verworren und unzweckmäßig u. a. m. — Ich empfehle dem Leser, sich einmal die Verordnung über die Eintheilung der Wahlkreise in Schleswig-Holstein anzusehen. Hier kann er von der Buntschichtigkeit unserer Administration eine Idee erhalten, wenn er erfährt, daß der Verschiedenheit der Güterdistricte, Aemter, Landschaften, klösterlichen Gebiete u. s. w. eine ebenso große Verschiedenheit der inneren Einrichtungen entspricht. Kurz der ganze Zustand ist unleidlich und wird auch von allen Gebildeten als unleidlich empfunden. Alle Vorschläge zur Abänderung fallen hier nothwendigerweise weit radicaler aus als z. B. in Hannover, und niemand nimmt daran Anstoß. Aber freilich, wird endlich Ernst gemacht mit den Verbesserungen, wie sie durch das Local-, Provinzial- und Staatsinteresse gefordert werden, so wird gar mancher Privatvorteil und manche Privatansicht verletzt werden, und selbst wenn, was doch nicht anzunehmen, in jeder Hinsicht von preussischer Seite die denkbar zweckmäßigsten Maßregeln zur Organisation der Provinz getroffen würden, so wird doch wahrscheinlich die erste Folge der Aenderung eine sehr weit verbreitete Verstimmung, ein Wachsen der particularistischen Gesinnung auch bei denen sein, welche die Unhaltbarkeit der alten Zustände erkannt haben. Dieses Odium scheint unser Oberpräsidium nicht auf sich laden zu wollen und dazu hat er unzweifelhaft eine besondere Vorliebe für manches, was uns andern durchaus

unhaltbar und zum preußischen Staat nicht passend erscheint. Er begnügt sich deshalb mit kleinen Abänderungen und Zusätzen, wo eine vollständige Neuschöpfung nothwendig ist. Wir müssen ihm dieses um so mehr anrechnen, als er nach seiner Einsicht, seiner Thätigkeit und Energie gewiß der Mann dazu wäre, die Umwandlung durchzuführen. Aber der Wunsch, vorläufig alles möglichst beim Alten zu lassen, ist mächtiger in ihm. Dieses Streben und vielleicht noch ein stiller Wunsch, ergebene Diener zu besitzen, scheint Scheel-Plessen bei der Wahl seiner Rätthe geleitet zu haben. Es ist ein Zeichen der tiefen Erschlaffung unserer Bevölkerung, daß sie die Ernennung von Männern, welche einst in der dänisch-holsteinischen Regierung zu Plön geseffen hatten, und selbst die Beförderung des durchaus dänisch gesinnten Willemoer-Suhm, des einstigen Polizeimeisters von Altona, zum Amtmann in Rendsburg ruhig hinnahm. Nur die beiden schleswigschen Blätter, welche unter den schwierigsten Verhältnissen Preußens Rechte gegen die Dänen und die Particularisten Jahre lang verteidigt hatten, wagten eine kurze Andeutung, daß sie in erster Linie die Anstellung preußischer Beamter wünschten, daß sie aber auf keinen Fall die Verwendung von „Männern aus der Hall-Moltkeschen Schule“ billigen könnten. Aber diese Kritik erbitterte den selbstherrlichen Stolz des Oberpräsidenten aufs äußerste, zumal sie von der nationalen Partei ausging, von der er wußte, daß sie durch und durch preußisch gesinnt sei, aber ihm nicht traue, und von der er in früheren Zeiten allerdings nicht immer mit Rücksicht behandelt war. Er bedrohte beide Blätter mit augenblicklicher Unterdrückung, wenn sie noch ferner solche „regierungsfeindliche“ Artikel brächten. Doch hier hatte er einmal über das Ziel hinauszugeschossen. Selbst die ministeriellen Organe in Berlin schüttelten über eine solche Behandlung gutpreußischer Blätter den Kopf.

Aus alle dem geht hervor, daß uns nichts nöthiger ist als die Einsetzung eines tüchtigen preußischen Oberbeamten, wie solche in Hannover und Kurhessen fungiren. Wir haben die Verdienste unseres gegenwärtigen Oberpräsidenten bei der Uebernahme Holsteins bereitwillig anerkannt, aber die durchaus nothwendige Organisation des Landes, die um so energischer in Angriff zu nehmen ist, als wir am 1. October in jeder Hinsicht vollberechtigte Preußen sein sollen, ist kaum von ihm zu erwarten. Ein Mann, der ohne persönliche Bitterkeit und Antipathie, aber mit entschiedener Einsicht und Willenskraft und im vollen Gefühl seiner Verantwortlichkeit es unternimmt, unser Land zu einem organischen Glied Preußens zu machen, wird sich unter den altpreußischen Beamten schon finden lassen. Freilich Herr v. Zedlig, an den man zunächst denken könnte, wäre aus vielen Gründen dieser Aufgabe entschieden nicht gewachsen.

Inzwischen ist nun ein Einverleibungsgesetz auch für uns zu Stande gekommen und sanctionirt und ehe diese Zeilen gedruckt sein werden, ist die

Annexion sicher auch den Schleswig-Holsteinern durch königliches Patent schon verkündet. Bis zum letzten Augenblick haben sich selbst Leute, welchen man ein gesundes Urtheil hätte zutrauen sollen, gegen den Gedanken an die Möglichkeit dieses Ausganges gewehrt. Aber der größere Theil der Gebildeten hat sich jetzt wohl schon mit dem Schicksal, preussisch zu werden, versöhnt. Die glänzenden Erfolge des vorigen Sommers, die Erwerbung Hannovers und Kurhessens haben doch manchen überzeugt, daß der Beruf Preußens keine bloße Phrase ist und daß die Selbständigkeit kleiner Staaten keinen Schutz gewährt. Viele sind froh, jetzt plausible Vorwände für ihren Uebergang ins Lager der Sieger zu haben. Selbst ein Mann, wie Herr v. Steemann, welcher unter Gablenz holsteinischer Regierungsrath war, sucht seinen Frieden mit der Regierung zu machen, ohne dadurch großen Anstoß zu erregen. Viele gewissenhafte Leute sind ferner durch die endlich erfolgte, aber noch immer dankbar hinzunehmende Resignation des Prinzen von der letzten Fessel befreit, welche sie von Preußen zurückhielt. Ein Zeichen der Besserung in der Gesinnung ist es auch wohl, daß sich Treichsles Vorlesungen über neuere Geschichte eines stets wachsenden, weit über die Universitätskreise hinausgehenden Beifalls erfreuen. — Im deutschen Schleswig ist endlich die Stimmung nie so verbittert gewesen, wie in Holstein.

Aber freilich würde man sich sehr irren, wenn man glaubte, die Schleswig-Holsteiner seien auf dem besten Wege, gute Preußen zu werden. Die Massen stehen verdrossen da oder fügen sich im besten Fall in das Unvermeidliche mit der Stimmung des wahren Typus einer großen Classe des ganzen niederdeutschen Volkes, des unvergleichlichen Jochen Rühler in Reuters „Stromtid“, wenn er sagt: „ije, wat sall ick dabi daun?“ Die alten Führer können sich zum großen Theil durchaus nicht von dem Gedanken eines selbständigen Schleswig-Holstein trennen, und ebenso denkt immer noch ein großer Theil der Mittelclasse. Dazu wirkt die immerhin wahrscheinliche Abtretung eines Theiles von Nordschleswig ungünstig auf die Stimmung, während diese freilich im Norden selbst einen engen Zusammenschluß der Deutschen bewirkt hat. Eine fernere Ursache antipreußischer Gesinnung, namentlich unter der Landbevölkerung, bilden in Schleswig-Holstein wie in den anderen neuermorbenen Provinzen die preussischen Militäreinrichtungen. Allerdings ist man dieses erste Mal von Seiten der Militärbehörden mit solcher Rücksicht verfahren, daß die Aushebung keineswegs die ungünstige Wirkung gehabt hat, die man fürchtete.

Unter diesen Umständen nahen die Parlamentswahlen und geben unserem Volke eine kaum gehoffte Gelegenheit, seine Meinung über die großen Veränderungen der letzten Jahre auszusprechen. Bei der Allgemeinheit der Wahlen und der geheimen Abgabe der Stimmen wäre es auch bei uns vollständig verkehrt, mit einiger Sicherheit den Ausfall vorherzusagen. Es kommen ja dabei Volksclassen in Betracht, welche bis jetzt nie eine Rolle gespielt haben, wie

z. B. die Tagelöhner im östlichen Holstein; es haben sehr viele Leute Gelegenheit, ihre Herzensmeinung auszusprechen, welche dieselbe sorgfältig zu verdecken pflegen; ferner werden unberechenbare persönliche Zuneigungen und Abneigungen oft die politischen Rücksichten durchkreuzen. Vollständig sicher scheint nur das Eine, daß im ersten schleswigschen Wahlkreis, dem eigentlichen Nordschleswig, der dänische Candidat, Krüger-Bestoft, mit großer Majorität gewählt wird. Von dem Verhalten der Deutschen im zweiten Wahlkreise, welcher Flensburg und einen großen Theil Angeln's, aber auch das dänische Sundewitt und Alsen umfaßt, wird es abhängen, ob dieser der einzige Däne bleiben soll oder ob ihm noch ein Genosse zur Seite tritt. Geschieht das Erstere, so ist zu schließen, daß der zweite Reichstag das interessante Gegenstück zu den Polen, eine dänische Partei, ganz wird entbehren müssen; denn da die eventuelle Abtretung jedenfalls den größten Theil des ersten Wahlkreises treffen wird — und wenn nur die deutschgesinnten Orte Hadersleben und Christiansfelde erhalten bleiben, so ist das kein so großes Unglück —, so werden später die Dänen nirgends mehr in so compacten Massen sitzen, um einen Abgeordneten durchzubringen. In diesem Wahlkreis ist vor allem darauf zu sehen, daß sich sämtliche Deutsche über einen Candidaten verständigen, daß sich daher eventuell die Particularisten einen preussisch Gefärbten, die Nationalen einen halben Particularisten gefallen lassen. Da die augustenburgischen Sympathien in diesem Theile Schleswigs nie sehr lebhaft gewesen sind, so ist eine Vereinigung gewiß nicht schwer. Aber die Dänen im Sundewitt und auf Alsen werden sicher auch ihr Aeußerstes thun, so wenig daran zu denken ist, daß Preußen je ein Stück dieser militärisch so überaus wichtigen Landschaften abtreten wird.

In allen andern Wahlkreisen werden sich die augustenburgischen Particularisten mit ihren Gegnern zu messen haben. Die Organisation hat auf beiden Seiten begonnen, ist aber noch nicht abgeschlossen, so daß noch nicht alle definitive Candidaten aufgestellt sind. Die Particularisten verfügen über keine große Anzahl von Männern, welche Lust und Geschick haben, ihre Sache im Parlamente zu führen, ohne dieselbe zu compromittiren. In dem rücksichtslosen Demokraten Richard von Neergaard, einer Natur, welche im Grunde viel besser zu den südwestdeutschen Radicalen oder auch zu den Volksmännern seines Stammlandes Dänemark paßte, als zu den ruhigen ehrsamten Holsten, ist im vorigen Herbst der bedeutendste Mann dieser Richtung plötzlich gestorben. Durch Leute, wie den guten, populären, aber sehr beschränkten Zimmermeister Niepen wollen sich aber die Gebildeteren der Partei nicht leiten lassen, schon aus Rücksicht auf die Fortschrittspartei, mit der man es nicht gern ganz verdürbe. Einige der bedeutendsten Führer haben keine Lust, eine verlorne Sache öffentlich zu verfechten, und man wird wohl noch allerlei Schwierigkeiten haben, bis man sich über die Candidaten geeinigt hat. Eine grundsätzliche Enthaltung von

der Wahl, die hier und da vorgeschlagen ist, wird jedenfalls nicht stattfinden, so sehr auch zu erwarten ist, daß ein großer Theil des Volks, besonders auf dem Lande, aus Verstimung und Trägheit sein Wahlrecht nicht ausüben wird. Auch der Vorschlag, daß sich die Vertreter Schleswig-Holsteins bloß zu dem Ende ins Parlament begeben sollen, um zu protestiren und dann auszutreten, wird schwerlich ausgeführt werden, obwohl sich der große Gustav Rasch erboten hat, unter solchen Umständen ein Mandat anzunehmen. Leider hat seine Candidatur auch bei den Particularisten so wenig Chance, daß den Gegnern die großen Vortheile, welche seine Aufstellung geben würde, verloren gehn. Man wird im Ganzen sich dafür entscheiden, daß die zu Wählenden der strengen Durchführung des Einigungswerkes von Seiten der Regierung alle möglichen Hindernisse in den Weg legen sollen. Eine Handhabe dazu glaubt man hier wie anderswo in der deutschen Reichsverfassung gefunden zu haben, von der man jetzt in manchen Kreisen in einem ähnlichen Tone spricht, wie früher von dem schleswig-holsteinischen Staatsgrundgesetz.

Auch die preußisch Gesinnten sind durchaus noch nicht völlig einig. Das Odium, welches sich die kleine nationale Partei vor nunmehr zwei Jahren durch ihren „Abfall“ zugezogen hat, ist selbst bei vielen von denen nicht geschwunden, welche allmählig die augustenburgische Fahne gleichfalls verlassen haben und jetzt natürlich viel weiter gehen, als die Nationalen damals gehen konnten. Man muß wissen, wie wenig man hier zu Lande gewohnt ist, die Sachen von den Personen zu trennen, welchen Einfluß hier, wo jeder irgend hervorragende Mann nach seinen Vorzügen und Schwächen von jedem gekannt wird, eine persönliche Verbitterung hat, wie sie in den Streitigkeiten der letzten Zeit leicht entstanden, man muß die ganze Kleinlichkeit unserer Verhältnisse kennen, um begreiflich zu finden, daß in der politischen Hauptstadt des Landes, in Kiel, neben einander zwei in allen wesentlichen Zügen übereinstimmende Wahlaufrufe entstanden sind, welche die entschiedene Zurückweisung der Reichsverfassung gemein haben. So schlimm, wie es, hiernach zu urtheilen, in Kiel ist, haben wir es freilich nicht leicht an einem andern Orte, und auch dort wird man in der Hauptsache, der Abstimmung, ohne Zweifel zusammenhalten.

Die durchaus nothwendige Vereinigung mit der eigentlich conservativen (ritterschaftlichen) Partei wird schon dadurch erleichtert, daß letztere fast nur in solchen Gegenden Einfluß hat, in denen von einer liberaleren preußischen Partei kaum die Rede sein kann, so daß man also durch Theilung eine Uebereinstimmung hinsichtlich solcher Candidaten erreichen wird „welche die deutsche Politik der Regierung unterstützen wollen“, wie die sehr glücklich gewählte Formel lautet.

Bei Gelegenheit des kieler „Umschlages“ kommen alljährlich von ganz Schleswig-Holstein nicht bloß alle größeren Grundbesitzer, sondern auch zahl-

reiche Geschäftsleute aller Art, Advocaten und andere Männer des ganzen Landes zu Geschäften und Besprechungen zusammen. Diese Gelegenheit wurde schon in den letzten Jahren mehrfach zu politischen Erklärungen benutzt, diesmal natürlich zu Besprechungen über die Wahlen. Zwar hat auch jetzt noch keine Partei eine vollständige Liste aufgestellt, doch sind wenigstens von der preussischen schon mehre Candidaten mit Bestimmtheit ins Auge gefaßt. Für die auswärtigen Leser werden wenigstens die Namen der beiden ehemaligen Mitglieder der schleswig-holsteinischen Statthaltertschaft, W. Beseler und Graf Reventlow-Preeß von Interesse sein. Jenen hofft man in dem Wahlkreise durchzubringen, der das ganze westliche Schleswig bis an die ehemaligen jütischen Enclaven umfaßt, dieser ist in einer öffentlichen Versammlung in Kiel für den Wahlkreis aufgestellt, dessen Mittelpunkt Kiel ist. Es ist zu hoffen, daß das Ansehen dieser hervorragenden Männer auch auf gemäßigt particularistische Kreise wirken wird, zumal da beide sich in den letzten Jahren aus guten Gründen von aller activen Betheiligung an der Tagespolitik zurückgezogen haben. Graf Reventlow, der, wie die Zeitungen melden, zur Annahme der Wahl bereit ist, dürfte auch der im kieler Wahlkreise schon einflußreicheren Ritterschaft genehm sein.

Den Ausfall der Wahlen aber vorherzusagen wage ich durchaus nicht. Es erscheint nicht als unmöglich, daß in Schleswig mit Ausnahme des dänischen Theils die preussische Partei siegt; in Holstein stehn ihre Chancen aber jedenfalls ungünstiger und wir würden uns nicht wundern, wenn wir hier eine Reihe der entschiedensten Preußenfeinde aus der Urne hervorgehen sähen. Sehr vieles hängt hier aber, wie wir oben andeuteten, von Factoren ab, die sich der Berechnung entziehen. Die lassallesche Arbeiterpartei zählt kaum; sie tritt zwar auch in unsern Städten auf, aber glücklicherweise hat sie hier durchaus keinen Boden; höchstens in Altona dürfte auf ihre Stimme etwas ankommen.